

## Europa: Mit Zukunftsinvestitionen aus der Krise



Auch 2013 erwarten Europa trübe Zeiten. Die Konjunktur verschlechtert sich. Der Staatsanleihen- und Bankenkrise folgt nun die Wirtschaftskrise. Von der politischen Krise ganz zu schweigen. Wachstumsprognosen werden nach unten korrigiert. Die Euroländer stecken entweder zwischen Depression, Stagnation oder einem schwachen Wachstum, wie Deutschland und Österreich. Diese Krise ist nicht unabwendbar. Sie ist die Folge der Spardiktate, Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen werden bewusst in Kauf genommen. Aus Sicht der herrschenden Politik muss sich Europa gesundschrumpfen. Über Jahre hinweg hätten Europäer über ihre Verhältnisse gelebt.

Doch die politisch verordnete Zwangsdiet für Arbeitnehmer und Staaten ruiniert Einkommen und Nachfrage, führt zum Zusammenbruch der lokalen Märkte und treibt den Kontinent immer tiefer in die Rezession. Die Folgen sind verheerend: Arbeitslosigkeit und Armut wachsen! In Spanien und Griechenland ist dann nach wie vor jeder vierte Erwachsene und jeder zweite Jugendliche arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit wiederum drückt das verfügbare Einkommen und den privaten Konsum. Auch Europas Staaten fahren ihre Ausgaben zurück und mit dem Fiskalpakt zementiert sich in Europa das Primat des Spardiktats für alle Ewigkeit. Der Kaufkraftentzug bei Arbeitnehmern/-innen und die Ausgabenkürzungen der Staaten verursachen eine kollektive Schrumpfung des europäischen Marktes. Der Kampf um die Marktanteile am klein gewordenen europäischen Markt treibt die Unternehmen in das Preisdumping. Es entsteht eine Krisen verschärfende Deflationsspirale. Europa befindet sich aus diesem Grund in einer Rezessionsfalle. Ein Ausweg ist nicht in Sicht.

Doch damit nicht genug: Eine Politik, die sich einseitig auf die Einsparungen mittels Ausgabenkürzungen setzt, verpasst Zukunftsinvestitionen und mit ihnen auch die Chance, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Die Zukunft unseres Kontinents hängt aber davon ab, ob es uns heute gelingt, das Fundament für eine Neuordnung unserer Wirtschaft und Gesellschaft zu legen, die allen Menschen ein Leben im Wohlstand ermöglicht, die das Wirtschaften ressourcenschonend, effizient, nachhaltig und innovativ macht, die einer alternden europäischen Gesellschaft gerecht wird und schließlich schafft, dass jeder Mensch von Klein auf die materiellen und geistigen Vorzüge erfährt, die unser Kontinent zu bieten hat.

Es ist deshalb das Gebot der Stunde, mit einem Kurswechsel die Weichen für die Zukunft zu stellen und damit die Konjunktur zu stabilisieren. Europa benötigt einen langfristig angelegten Wachstums- und Modernisierungspfad, der unseren Kontinent zukunftsfest macht, die Jobs des 21. Jahrhunderts schafft und Wohlstand für alle ermöglicht.

Das erfordert Investitionen in nachhaltige Energieerzeugung, in die Reduktion des Energieverbrauchs, in nachhaltige Industrien und Dienstleistungen, in Bildung und Ausbildung, in Forschung und Entwicklung, in moderne Verkehrsinfrastruktur, emissionsarme Städte und Gemeinden und in die Effizienz der öffentlichen Verwaltungen. Es erfordert auch die gerechte Teilhabe aller gesellschaftlicher Gruppen an einer besseren Zukunft



Die Zukunftsfähigkeit Europas setzt heute Investitionen voraus. Europa hat hierfür alle Ressourcen: Menschen, Wissen, Innovationskraft, Kapital, moderne Infrastrukturen, intakte öffentliche und private Einrichtungen, hoch entwickelte Industrie- und Dienstleistungszentren, soziale Sicherungssysteme, einen gemeinsamen Markt und eine gemeinsame Währung. All dies verbindet Europa. Wir müssen gemeinsam diese Stärken bündeln und sie für einen Umbau unserer Gesellschaften einsetzen.

Vor diesem Hintergrund haben wir einen Entwurf für einen „Marshallplan für Europa“ entwickelt, den wir der europäischen Öffentlichkeit, vor allem aber unseren europäischen Kolleginnen und Kollegen, zur Diskussion stellen. Wir nennen darin die für Deutschland wichtigen Handlungsfelder und appellieren an die europäischen Gewerkschaften genauso wie an die politischen Entscheider Europas zu prüfen, welche länderspezifischen Maßnahmen für das jeweilige Land geeignet sind. Vor allem Sozialpartner, Politiker und die Zivilgesellschaft sind aufgerufen, mit ihren konkreten Vorschlägen den von uns ausgearbeiteten Marshallplan zu ergänzen. Wir laden sie alle ausdrücklich ein, sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen und gemeinsam mit uns an der Erstellung eines Zukunftsprogramms mitzuarbeiten.

Die Gewerkschaften im DGB haben sich bei der Ausarbeitung des Zukunftsprogramms von folgenden Grundsätzen leiten lassen. Es muss:

- für ausreichend gute, zukunftsfähige und hochwertige Arbeitsplätze und für Wohlstand sorgen.
- nachhaltig und so angelegt sein, dass die Substanz europäischer Gesellschaften erhalten und an ökologische, soziale und demografische Herausforderungen angepasst wird.
- demokratisch kontrolliert werden durch die gewählten europäischen Institutionen, allen voran das Europäische Parlament, die wiederum von bestehenden europäischen Institutionen (z. B. die EIB) bei der Ausübung der Kontrolle unterstützt werden.
- als ein gesamteuropäisches supranationales Projekt und nicht als Summe der Einzelinteressen der europäischen Länder verstanden werden.
- vorausschauend und konjunkturunabhängig sein, also kurzfristig notwendige Maßnahmen in den Kontext der langfristigen Herausforderungen stellen und sich auch im Aufschwung fortsetzen.

- dem Markt Regeln setzen und politische Orientierung geben und dabei auch private Investitionen in innovative Zukunftsprojekte lenken.
- gerecht finanziert sein und gerecht verteilt werden. Finanzstarke soziale Schichten und ökonomisch stärkere Regionen müssen stärker zur Finanzierung der Zukunftsinvestitionen beitragen als die Schwächeren. Das gilt auch für die Teilhabe an einem solchen Programm.
- solide finanziert sein und gleichzeitig die Staaten Europas in die Lage versetzen, Steuereinnahmen für die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und zum Abbau der öffentlichen Verschuldung zu generieren.

### **Kernelemente unseres Marshallplans**

Unser „Marshallplan für Europa“ ist aus dem Verständnis entstanden, dass die kurzfristige Konjunkturerwicklung und das längerfristige Wachstumspotenzial eng zusammenhängen. Gefragt ist eine politische Strategie, die beides berücksichtigt. Der DGB-Marshallplan für Europa versteht sich als ein auf 10 Jahre (von 2013 bis 2022) angelegtes Investitions- und Aufbauprogramm für alle 27 EU-Länder.

Wir gehen bei den Vorschlägen von unseren Erfahrungen aus und wissen um die unterschiedlichen Rahmen- und Ausgangsbedingungen in unseren europäischen Partnerländern. Wir schlagen einen Mix aus institutionellen Maßnahmen, direkten öffentlichen Investitionen, Investitionszulagen für Unternehmen und die Konjunktur stabilisierenden Konsumanreizen vor. Letztere dienen der kurzfristigen Krisenbekämpfung und sind zum überwiegenden Teil befristet. Die öffentlichen Investitionen und Investitionszulagen hingegen entfalten ihre Wirkung erst mit einer zeitlichen Verzögerung, dienen aber dazu, langfristige Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven in Europa durch die Stärkung und Förderung moderner Industrien und Dienstleistungen zu sichern. Sie eignen sich zugleich für gesellschaftlich notwendige bildungs-, sozial- und klimapolitische Weichenstellungen und unterstützen qualitative Wachstumsziele. Die Wachstums- und Beschäftigungseffekte solcher Maßnahmen ermöglichen eine sich selbsttragende, höhere Wachstumsdynamik.

Im Zentrum unserer Vorschläge stehen ein Umbau und eine Modernisierung unserer europäischen Volkswirtschaften mit dem Ziel, energiearm und ressourcenschonend zu wirtschaften und uns damit langfristig von Brennstoffimporten unabhängig zu machen und zugleich den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Europa massiv zu reduzieren. Die europäischen Staaten haben sich bereits dazu verpflichtet. So will die EU bis 2020 die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 20 % senken und den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromproduktion auf 20 % steigern. Es wird angestrebt, bis 2050 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß sogar um 80 % bis 95 % unter den Stand von 1990 zu senken. Hierfür hat die Europäische Kommission einen „Energiefahrplan 2050“<sup>1</sup> vorgelegt. Wir

---

<sup>1</sup> Vgl. Energiefahrplan 2050, MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN , Brüssel, 12.12.2011

wollen mit unserem Vorschlag einen solchen Energiefahrplan für die nächsten 10 Jahre massiv stützen, ohne Wirtschaft und Gesellschaft und vor allem Arbeitnehmerhaushalte im Übermaß zu belasten. Wir nennen dieses ambitionierte Programm in Anlehnung an den deutschen Fahrplan für einen Ausstieg aus der Atomenergie „Europäische Energiewende“ und veranschlagen dafür in Anlehnung an den „Energiefahrplan 2050“ jährliche Investitionen von 150 Mrd. Euro.

Wir wollen unsere Städte und Gemeinden auf eine alternde Gesellschaft vorbereiten, die Bildung und Ausbildung der Menschen fördern, den Bestand an öffentlicher und privater Infrastruktur modernisieren und ausbauen sowie die Industrie- und Dienstleistungszentren der Zukunft erschließen. Wir verstehen den modernen Sozialstaat als Produktivkraft und wollen Innovationen, Forschung und Entwicklung als die schöpferischen Treiber eines neuen Wirtschaftens stärken. Vor allem aber wird er die Kooperation zwischen den europäischen Ländern verbessern, die die gewaltigen Herausforderungen von Zukunftsgestaltung und Krisenmanagement nur gemeinsam bewältigen können.

Dafür sind europaweit massive Investitionen von durchschnittlich 110 Mrd. Euro jährlich erforderlich, wenn eine solche Modernisierungsoffensive die gesamte EU erfassen sollte. Insgesamt ergibt sich ein jährlicher Finanzierungsbedarf von durchschnittlich 260 Mrd. Euro. Das entspricht knapp über 2 % des europäischen BIP.

Ein so langfristig angelegtes ambitioniertes Investitionsprogramm kann nicht von einem einzigen Land allein gestemmt werden. Vor allem finanziell angeschlagene Krisenländer können gegenwärtig aus eigener Kraft eine solche Modernisierungsoffensive nicht umsetzen. Deswegen brauchen wir gemeinsame Anstrengungen und neue europäische Einrichtungen mit stabilen und soliden Finanzierungsquellen.

### **Finanzierung des Marshallplans**

Vor dem Hintergrund des massiven Modernisierungsbedarfs Europas hat der DGB bereits in einem „4-Punkte-Programm“ aus dem Jahre 2011 den Vorschlag unterbreitet, einen „Europäischen Zukunftsfonds“ zu gründen und ihn finanziell so auszustatten, dass er Investitionen europaweit finanzieren und in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten umsetzen kann. Unser Ziel ist es, Europa in seiner Gesamtheit zukunftsfähig zu machen.

Der „Europäische Zukunftsfonds“ braucht eine europäische Finanzierung, um damit die erforderlichen Investitionen fördern zu können. In Westeuropa stehen 27.000 Mrd. Euro an Geldvermögen einer schrumpfenden Zahl von sicheren und rentablen Anlagemöglichkeiten gegenüber: Diese Situation birgt die große Chance, das vorhandene Kapital Europas für die Investitionen in seine Zukunft umzulenken. Zu diesem Zweck emittiert der „Europäische

Zukunftsfonds“ ähnlich wie Unternehmen oder Staaten verzinsliche Anleihen, die wir „New Deal Anleihen“ nennen. Anleger bekommen damit endlich gute und sichere Anlagemöglichkeiten, die EU sichert die Finanzierung dieser Modernisierungsoffensive.

So kann der „Europäische Zukunftsfonds“ den jährlichen Investitionsbedarf in genauer Höhe durch die Emission von 10jährigen „New Deal Anleihen“ finanzieren, für die jährliche Zinsen anfallen würden. Diese Zinsverpflichtungen, für die der Zukunftsfonds selbst aufkommen muss, können aus den Einnahmen einer Finanztransaktionssteuer (Financial Transaction Tax = FTT) finanziert werden. Wir sind uns darüber im Klaren, dass die FTT nicht aus dem Stand in allen 27 Staaten eingeführt werden wird. Gegenwärtig stellen sie lediglich 12 EU-Länder in Aussicht. Mit unserem Marshallplan zeigen wir aber den noch skeptischen Regierungen einiger EU-Länder, dass der Einführung der FTT ökonomische und ökologische Vorteile gegenüberstehen. Das kann die Bereitschaft der Länder zur Einführung der FTT und damit auch die Einnahmen erhöhen. Führen einige EU-Staaten trotz dieser Vorteile die Finanztransaktionssteuer nicht ein, dann reduzieren sich die Einnahmen aus der FTT, aber auch die Investitionen um ihren Anteil.

Dennoch: Auch ein Anfang auf Basis einer FTT in nur 12 Ländern kann zeigen, dass in diesen Ländern kurzfristig konjunkturstabilisierende Maßnahmen und langfristige Modernisierung ihrer Volkswirtschaften finanziert werden können. Dieses Vorbild könnte die anderen EU-Länder dazu bewegen, sich dem Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm anzuschließen. Daher haben wir uns in unserem Marshallplan an der Langfristperspektive orientiert und ein Programm für die EU in ihrer Gesamtheit entworfen. Wir haben für unsere Berechnungen jährliche Einnahmen von 75 bzw. 100 Mrd. Euro zugrunde gelegt, wenn die FTT, wie in den Berechnungen der Kommission, in allen EU-Staaten eingeführt würde. Allerdings haben wir die Bemessungsgrundlage um Devisenhandel erweitert und alle Transaktionen – anders als im Vorschlag der Europäischen Kommission – mit einem einheitlichen Steuersatz von 0,1 % versehen. Damit kann der „Europäische Zukunftsfonds“ zu einem die anfallenden Zinsverpflichtungen finanzieren und zum anderen den jährlichen Finanzierungsbedarf und damit das Volumen der emittierten „New Deal Anleihen“ reduzieren.

Um den Zinssatz auf die „New Deal Anleihen“ möglichst niedrig zu halten, muss der „Europäische Zukunftsfonds“ an den Finanzmärkten als solventer Schuldner mit hoher Bonität gelten können. Deshalb muss der Zukunftsfonds bereits bei seiner Gründung mit ausreichend Eigenkapital ausgestattet werden. Da bis heute ausschließlich Steuerzahler/-innen bzw. Arbeitnehmer/-innen die Hauptlast der Krisenbekämpfung tragen, ist es an der Zeit, dass die Gruppe der Vermögenden und Reichen an der einmaligen Finanzierung der Kapitalausstattung des Zukunftsfonds beteiligt werden. Für Deutschland schlagen wir eine noch zu konkretisierende einmalige Vermögensabgabe von 3 % auf alle privaten Vermögen ab 500.000 Euro bei Ledigen bzw. 1 Mio. Euro bei Verheirateten vor. Ihr Volumen sollte allein in Deutschland einmalig zwischen 50 und 70 Mrd. Euro liegen, die für den „Europäischen Zukunftsfonds“ eingenommen werden. Die anderen EU-Länder sollten ihre Vermögenden und Reichen ebenfalls mit vergleichbaren Maßnahmen heranziehen. Dabei können sie sich an den in ihren Ländern bereits geltenden Regeln zur Vermögensbesteuerung orientieren, die über die

deutsche Gesetzeslage weit hinausgehen. Insgesamt könnten europaweit zwischen 200 und 250 Mrd. Euro mobilisiert werden. Damit wäre der Europäische Zukunftsfonds mit genügend Eigenmitteln ausgestattet, um am Markt als erstklassiger Schuldner zu gelten und niedrige Zinsen für seine „New Deal Anleihen“ zu entrichten. Bis das Geld bei den Vermögenden eingesammelt wird, können entweder der ESM (European Stability Mechanism = Europäischer Stabilitätsmechanismus) oder die Euroländer mit der Bereitstellung von Garantien in Vorleistung gehen.

Als neue europäische Einrichtung soll der „Europäische Zukunftsfonds“ einer strikten Kontrolle durch das Europäische Parlament (EP) unterliegen. Anknüpfend an die Vorschläge von neun Außenministern zur Zukunft Europas muss das Europäische Parlament allen Mittelabflüssen aus dem Zukunftsfonds zustimmen. Voraussetzung dafür ist eine enge Einbindung des EP in alle Entscheidungsprozesse. Sollten sich anfangs nicht alle EU-Staaten am Zukunftsfonds beteiligen, so werden auch nur die Abgeordneten aus teilnehmenden Mitgliedstaaten in die Entscheidungen eingebunden.

### **Makroökonomische Effekte des Marshallplans**

Der DGB-Marshallplan beinhaltet entscheidende Impulse für qualitatives Wachstum sowie neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Die vorgeschlagenen Investitionen und Investitionsförderungen in Höhe von jährlich 260 Mrd. Euro bestehen aus 160 Mrd. Euro Direktinvestitionen und Investitionszulagen und aus 100 Mrd. Euro zehnjähriger günstiger Kredite an private Investoren. Diese Kombination aus langfristigen günstigen Krediten und Investitionszulagen soll zusätzliche private Investitionen anregen und dadurch flächendeckend private Modernisierungen befördern. Diese wiederum würden weitere private Investitionen nach sich ziehen und einen jährlichen zusätzlichen Wachstumsimpuls von insgesamt 400 Mrd. Euro erzielen. Das entspräche einem zusätzlichen Wachstumsimpuls von über 3 % des Bruttoinlandsprodukts der EU im Jahr 2011.

Die hohe Wachstumsdynamik geht auch mit positiven Effekten für die Beschäftigung einher. Die Substitution der mit geringen heimischen Arbeitsplätzen einhergehenden Öl- und Gas-Importe durch eine CO<sub>2</sub>-arme Energieversorgung, die wesentlich höhere Beschäftigungsquote aufweist, wird langfristig die Beschäftigung erhöhen und damit die Haushalte der EU-Länder entlasten.

Unsere Investitionsoffensive in eine energetische Grundsanierung der europäischen Volkswirtschaften kann langfristig 9 bis 11 Millionen neue und zukunftsfähige Vollzeitarbeitsplätze hervorbringen. Zukunftsfähige Arbeitsplätze sind die besten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit.

Quantitatives Wachstum und ein hohes Beschäftigungsniveau sind auch die beste Grundlage für den Schuldenabbau und eine nachhaltige Haushaltsführung. Von unserem Programm profitieren die EU-Staaten doppelt: Die Investitionen belasten ihre Haushalte nicht. Stattdessen

erhalten sie zusätzliche Wachstums- und Beschäftigungsimpulse und können daraus wesentlich höhere direkte und indirekte Steuereinnahmen aus Lohn-, Mehrwert-, Unternehmen- und Körperschaftsteuern sowie Sozialversicherungsbeiträge generieren und die Kosten der Arbeitslosigkeit einsparen. Das würde bedeuten, dass durch die 400 Mrd. Euro an zusätzlichem BIP 104 Mrd. Euro zusätzliche Steuern eingenommen werden. Das Wachstum sorgt für 56 Mrd. Euro an zusätzlichen Sozialversicherungsbeiträgen. Zudem würden Einsparungen von 20 Mrd. Euro aufgrund geringerer Kosten der Arbeitslosigkeit anfallen. Insgesamt sind 180 Mrd. Euro an Mehreinnahmen und Einsparungen zu generieren, die einzig und allein den EU-Ländern zufließen würde.<sup>2</sup>

Wir sehen in diesem Programm den besten Impuls nicht nur für ein ressourcenschonendes und zugleich Wohlstand förderndes Wirtschaften. Zudem lässt sich damit auch die öffentliche und private Verschuldung in Europa reduzieren. Wie sich die Zahlen im Einzelnen herleiten, wird im Folgenden detaillierter ausgeführt.

### Langfristige durchschnittliche Kosten und Nutzen durch den Marshallplan pro Jahr für EU-27

Kosten des Marshallplans		
Durchschnittliche jährliche Investitionen in europäische Energiewende	150	Mrd. Euro
Weitere Investitionen	110	Mrd. Euro
<b>Summe der jährlichen Investitionen</b>	<b>260</b>	<b>Mrd. Euro</b>
Nutzen des Marshallplans (Wachstum, Arbeitsplätze, Einnahmen, Einsparungen etc.)		
Zusätzliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes	3	Prozent
Zusätzlicher Wachstumsimpuls	400	Mrd. EUR
Zusätzliche Vollzeitstellen	9 - 11	Millionen
Zusätzliche Steuereinnahmen für EU-Staaten	104	Mrd. Euro
Zusätzliche Einnahmen an SV-Beiträgen	56	Mrd. Euro
Zusätzliche Einsparungen bei den Kosten der Arbeitslosigkeit	20	Mrd. Euro
Durchschnittliche jährliche Einsparungen an Brennstoffimporten	300	Mrd. Euro
Finanzierung und Tilgung des Marshallplans		
Durchschnittliche jährliche Emission von „New Deal Anleihen“	180	Mrd. Euro
Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer	75 - 100	Mrd. Euro
Tilgung der Kredite an private und öffentliche Investoren	100	Mrd. Euro

<sup>2</sup> Multiplikatoreffekte wurden nach den methodischen Vorgaben der Europäischen Kommission berechnet (vgl. EUROPEAN COMMISSION DIRECTORATE GENERAL ECONOMIC AND FINANCIAL AFFAIRS: NEW AND UPDATED BUDGETARY SENSITIVITIES FOR THE EU BUDGETARY SURVEILLANC (Information note for the Economic and Policy Committee), Brussels, 30 September 2005



Unser Marshallplan zeigt, dass Nachhaltigkeit, Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand keine Gegensätze sind. Zudem sind sie auch finanzierbar. Wir belasten zwar einmalig die Vermögenden und Reichen mit einer Vermögensabgabe wie in unserem Vorschlag in Deutschland, bieten aber andererseits den Anlegern eine sichere verzinsliche „New Deal Anleihe“. Ihre Anlageprobleme werden dadurch gemildert. Davon profitieren vor allem Versicherungen, Pensionsfonds und öffentliche Anleger. Auf der anderen Seite belasten wir mit der Besteuerung von vor allem hochspekulativen Finanztransaktionen diejenigen Finanzmarktakteure, die die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren hauptsächlich verursacht haben. Von den Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer profitieren deshalb nicht nur Umwelt, Beschäftigten, Staaten und die Realwirtschaft, sondern auch diejenigen Anleger, die auf sichere Anlagen und bescheidene Zinseinnahmen setzen.

Stellt man den durchschnittlichen jährlichen Kosten dieses ambitionierten Programms die Einsparungen bei Brennstoffimporten gegenüber, ergeben sich nicht nur die Vorteile bei der Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, sondern auch die wichtige Entkopplung der Energieversorgung Europas von den Brennstoffimporten. Damit leistet Europa einen erheblichen Beitrag zur Verminderung der weltweiten Klima-Krise und wird zum Vorbild für andere Wirtschaftsregionen der Welt.